

ORGAN: Wirtschafts- und Sozialrat

THEMA: NACHFOLGEVEREINBARUNG FÜR DAS KYOTO-PROTOKOLL

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT,

geleitet von Artikel 1 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen, der die internationale Zusammenarbeit bei weltweiten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen vorsieht und von Artikel 62, der dem Wirtschafts- und Sozialrat die Kompetenz zuweist, wirtschaftliche und kulturelle Empfehlungen zu geben,

Bezug nehmend auf Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der jedem Menschen unter anderem das Recht auf eine saubere Umwelt und das Recht auf einen gerechten Anteil an den Schätzen der Natur zuspricht,

feststellend, dass der Klimawandel diese Rechte in hohem Maße beeinträchtigt,

erinnernd an die Notwendigkeit einer Nachfolgevereinbarung für das Kyoto- Protokoll,

hervorhebend, dass eine Reduzierung der globalen Emissionen von höchster Priorität ist und für jeden Staat diese Priorität einnehmen muss,

feststellend, dass die Klimaerwärmung ein internationales Problem darstellt,

betonend, dass dadurch eine Zusammenarbeit aller Länder erforderlich ist,

weiterhin feststellend, dass Art. 3.1 der Klimarahmenkonvention den Industriestaaten, eine Führungsrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels zuspricht,

alarmiert durch die spürbaren, verheerenden Folgen der Klimaerwärmung,

zur Kenntnis nehmend, dass die Ausstöße der Treibhausgase seit 1990 trotz Reduzierung der Emissionen durch einige Staaten weltweit deutlich gestiegen sind,

deshalb *bemerkend*, dass eine weltweite Verringerung der Emissionen für eine Verminderung der Folgen des Klimawandels unabdingbar ist,

entschlossen, das Problem mit aller Kraft zu bekämpfen,

1. *lobt* die Vorreiterrolle einiger Staaten, die bereits Pionierarbeit auf dem Gebiet des Klimaschutzes geleistet haben und mit gutem Beispiel bei der Treibhausgasreduzierung vorangehen;

2.*drängt* auf ein schnelles Handeln, da der Treibhauseffekt immer weiter verstärkt wird;

3. *verlangt* eine Beibehaltung der Grundsätze des Kyoto Protokolls, wie die Möglichkeit für Entwicklungsländer die Emissionen bis zu einem bestimmten Level weiter zu erhöhen, um keinen Nachteil in ihrem wirtschaftlichen Aufstreben zu erfahren, sowie langfristige Ziele wie Emissionsgrenzen verbindlich festzuschreiben;

4.*ermutigt* alle Nationen, sich ehrgeizige und konstruktive Ziele im Bereich des Klimaschutzes zu setzen, um die Verminderung des Klimawandels zu unterstützen;

5.*verlangt* den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen wie z.B. nachhaltige Forstwirtschaft als wichtiger Ansatz zur Reduzierung von CO₂-Emission und Erhaltung von Lebensgrundlagen von Mensch und Tier und befürwortet ferner die positive Anrechnung solcher Bemühungen;

6.*fordert*, den globalen Ausstoß von CO₂ bis 2038 um 10 % zu reduzieren, wobei sich die individuell zu erreichende Reduzierung jedes Staates durch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Pro-Kopf-Emission errechnet;

7. *bekräftigt* den Willen, höhere Einsparungsziele in Zukunft zu erreichen und befürwortet ferner nationale, bilaterale und multilaterale Kooperationen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen;

8. *fördert* explizit die Erforschung von Geoengineering;

9. *betont* dabei die Rolle von alternativen Energien und die Notwendigkeit diese anstelle der fossilen Brennstoffe langfristig einzusetzen;

10. *ruft* alle Nationen *auf*, vermehrt auf erneuerbare Energien zu setzen und in diesem Zusammenhang benötigte Forschungsgelder zur Verfügung zu stellen;

11. *unterstützt* die Einrichtung eines Forschungszentrums, von internationalen Experten geleitet, zur Bündelung wissenschaftlicher Ressourcen, um diese bestmöglich zu nutzen;

12. *fordert* die aktive Aufklärung der Bevölkerung aller Staaten und Anleitung selbiger zur Selbsthilfe durch technologisch fortgeschrittenere Staaten, soweit dies nicht durch den jeweiligen betroffenen Staat bewältigt werden kann;

13. *verweist* auf die finanziellen, technologischen, sowie politischen Schwierigkeiten einiger Entwicklungs- und Schwellenländer, die dazu führen, dass diese nur bedingt in der Lage sind die geforderten Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen;
14. *hebt* daher die Rolle der Industrienationen zur Unterstützung der Entwicklungsländer, bestehend aus finanzieller Hilfe und Bereitstellen von Technologie, Know-how und anderen jeweiligen Hilfeleistungen, *hervor*;
15. *fordert* Länder mit finanziellen, technologischen sowie politischen Schwierigkeiten, demnach insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer sich dennoch aktiv an Maßnahmen gegen den Klimawandel, soweit es ihnen möglich ist, zu beteiligen;
16. *erwägt* des Weiteren einen Technologietransfer unter Kontrolle einer internationalen Kommission, um die Entwicklungsländer bei der Reduzierung ihrer Emissionen zu unterstützen;
17. *unterstützt* den Handel mit Emissionszertifikaten, um eine weltweite Senkung der Emissionen sicherzustellen und schlägt vor, dass die Reserven seit Festlegung des letzten Referenzjahres übernommen werden;
18. *drängt* auf eine schärfere Kontrolle der Ausstöße von Treibhausgasen durch unabhängige Organisationen;
19. *bekräftigt* die weiterführende Erforschung des Klimawandels, dessen Ursachen, der daraus resultierenden Folgen für Klima, Wirtschaft und Bevölkerung;
20. *unterstützt* die Möglichkeiten zur Prävention oder Verminderung selbiger und aller weiteren Aspekte, die dieses Thema betreffen;
21. *unterstützt* die Einrichtung bilateraler Abkommen, um Umweltfragen auch individuell und damit noch effektiver zu klären;
22. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.